



Niederschrift

über den öffentlichen Teil der 41. Sitzung des
Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen der Stadt Eberswalde
am 06.12.2018, 18:15 Uhr,
im Bürgerbildungszentrum Amadeu Antonio, Saal,
Puschkinstraße 13, 16225 Eberswalde

TAGESORDNUNG

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
3. Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der 40. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen der Stadt Eberswalde vom 08.11.2018
4. Feststellung der Tagesordnung
5. Informationen des Vorsitzenden
6. Einwohnerfragestunde
7. Informationen aus der Stadtverwaltung
8. Informationsvorlagen
9. Anfragen, Anregungen und Informationen von Fraktionen, Stadtverordneten und sachkundigen Einwohnern sowie im Rahmen ihrer Zuständigkeit von Ortsvorstehern/innen, den Vorsitzenden der Beiräte gemäß Hauptsatzung, dem/der Vorsitzenden des KJP und den Beauftragten gemäß Hauptsatzung
10. Beschlussvorlagen (Beratung und Beschlussfassung)
- 10.1. **Vorlage:** BV/0753/2018 **Einreicher/zuständige Dienststelle:**
Fraktion Die SPD-Fraktion
Fraktion UNABHÄNGIGES Wählerbündnis Eberswalde

Neuordnung der Ortsteile und Wahl von Ortsbeiräten in der Stadt Eberswalde

- 10.2. **Vorlage:** BV/0791/2018 **Einreicher/**
zuständige Dienststelle: Bürgermeister

Finanzierungsvereinbarung zum durchgehenden Bahnbetrieb Eberswalde -Joachimsthal-Templin zwischen dem Land Brandenburg, dem Landkreis Barnim, dem Landkreis Uckermark, der Stadt Eberswalde, der Stadt Templin, dem Amt Joachimsthal und dem Amt Gerswalde

- 10.3. **Vorlage:** BV/0817/2018 **Einreicher/**
zuständige Dienststelle: Fraktion Bürgerfraktion Eberswalde

Kompostierbare Hundekotbeutel

- 10.4. **Vorlage:** BV/0818/2018 **Einreicher/**
zuständige Dienststelle: Fraktion Bürgerfraktion Eberswalde

Richtungspfeile auf Fahrradschutzstreifen

- 10.5. **Vorlage:** BV/0821/2018 **Einreicher/**
zuständige Dienststelle: 01.1 - Bürgermeisterbereich

Entschädigungssatzung der Stadt Eberswalde

- 10.6. **Vorlage:** BV/0819/2018 **Einreicher/**
zuständige Dienststelle: 11 - Personalamt

Gewährung einer Dienstaufwandsentschädigung für den hauptamtlichen Bürgermeister der Stadt Eberswalde

- 10.7. **Vorlage:** BV/0814/2018 **Einreicher/**
zuständige Dienststelle: 41 - Kulturamt

Freigabe zusätzlicher Mittel für FinE 2019

TOP 1:
Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Herr Jur, Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen eröffnet den öffentlichen Teil der Sitzung um 18:15 Uhr.

TOP 2:

Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Herr Jur stellt fest:

- form- und fristgerecht geladen
- 8 Mitglieder anwesend (**Anlage 1**)
- Wirtschafts- und Finanzausschuss beschlussfähig
- keine Einwendungen

TOP 3:

Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der 40. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen der Stadt Eberswalde vom 08.11.2018

Es liegen keine Einwendungen vor.

TOP 4:

Feststellung der Tagesordnung

Herr Jur teilt mit, dass die Anfrage AF/0121/2018 „Anfrage Ist-Zahlen für den Zeitraum 2011 bis 2017“ vor Sitzungsbeginn verteilt wurde und somit Bestandteil der Tagesordnung ist, **Anlage 2**.

Abstimmungsergebnis über die geänderte Tagesordnung: einstimmig beschlossen

TOP 5:

Informationen des Vorsitzenden

Herr Jur informiert die Ausschussmitglieder, dass er mit dem komm. Verwaltungsdezernenten Herrn Müller einen Entwurf des Rahmenarbeitsplans für das 2019 erarbeitet hat, der als **Anlage 3** der öffentlichen Niederschrift beiliegen wird. Er bittet um Zuarbeit der Fraktionen zum Rahmenarbeitsplan bis Ende Januar 2019.

TOP 6:

Einwohnerfragestunde

Einwohnerfragen werden nicht gestellt.

TOP 7:

Informationen aus der Stadtverwaltung

Herr Siebert:

- informiert über ein Dankeschreiben der Gemeinde Nuthetal zum Thema Bürgerbudget (**Anlage 4**) verbunden mit der Vorbildwirkung des Eberswalders Bürgerbudgets
- teilt mit, dass er in Beantwortung der Anfrage AF/0121/2018 eine Übersicht vor Sitzungsbeginn verteilt hat, **Anlage 5**
- berichtet, dass er die Haushaltsdaten „Plan“ / vorläufiges „Ist“ per 30.11.2018 vor der Sitzung verteilt hat, **Anlage 6**

TOP 8:

Informationsvorlagen

Informationsvorlagen liegen nicht vor.

TOP 9:

Anfragen, Anregungen und Informationen von Fraktionen, Stadtverordneten und sachkundigen Einwohnern sowie im Rahmen ihrer Zuständigkeit von Ortsvorstehern/innen, den Vorsitzenden der Beiräte gemäß Hauptsatzung, dem/der Vorsitzenden des KJP und den Beauftragten gemäß Hauptsatzung

TOP 9.1:

Anfrage: AF/0121/2018 **Einreicher/**

zuständige Dienststelle: Fraktion Bürgerfraktion Eberswalde

*** Anfrage Ist-Zahlen für den Zeitraum 2011 bis 2017**

Herr Siebert legte eine Übersicht zur Beantwortung der Anfrage vor der Sitzung aus, **Anlage 5.**

9.2 Herr Dr. Fischer:

- gibt seine Anfrage zur Arbeit der Behindertenbeauftragten als **Anlage 7** zur öffentlichen Niederschrift

Herr Müller gibt den Hinweis, dass das ein Thema für den Ausschuss für Soziales, Bildung, Kultur und Sport ist; sagt, dass Herr Dr. Fischer die Möglichkeit hat, dieses Thema für den Rahmenarbeitsplan 2019 vorzuschlagen.

Herr Trieloff ist ebenfalls der Meinung, dass dieses Thema in den Ausschuss für Soziales, Bildung, Kultur und Sport gehört.

Herr Morgenroth schließt sich dieser Meinung an.

Herr Jur bittet die DIE SPD-Fraktion über den Vorschlag von Herrn Dr. Fischer noch einmal intern zu beraten.

TOP 10:

Beschlussvorlagen (Beratung und Beschlussfassung)

TOP 10.1:

Vorlage: BV/0753/2018 **Einreicher/zuständige Dienststelle:**

Fraktion Die SPD-Fraktion

Fraktion UNABHÄNGIGES Wählerbündnis Eberswalde

Neuordnung der Ortsteile und Wahl von Ortsbeiräten in der Stadt Eberswalde

Herr Jur informiert, dass vor Sitzungsbeginn Schriftverkehr zur Beantwortung der Nachfragen der Fraktion UNABHÄNGIGES Wählerbündnis Eberswalde zur BV/0753/2018 verteilt wurde, **Anlage 8.**

Herr Wrase geht kurz auf die Beschlussvorlage ein und fragt, warum es keine Ortsvorsteher in Eberswalde gibt.

Frau Kersten erklärt, auf die Frage eingehend, dass es zwei aufeinanderfolgende Wahlen gab, bei denen die Ortsvorsteher nicht das nötige Quorum erreicht hatten, die Gesetzgebung gibt dann vor, dass die Ortsteile ohne Ortsteilvertretung bleiben. Frau Kersten führt weiterhin aus, dass der vorliegende Vorschlag eine Auflösung der bestehenden Ortsteile Eberswalde 1 und 2 nach sich ziehen würde, was einen Beschluss der Stadtverordnetenversammlung und einen Bürgerentscheid voraussetzt. Um diese Schritte zu absolvieren, ist der zeitliche Rahmen vor den Kommunalwahlen 2019 nicht mehr gegeben. Zurzeit sind die Wahlkreise festzulegen, deren Grundlage die Ortsteile und die Ortsteilvertretungen sind.

Frau Irene Kersten appelliert an die Einreicherfraktionen, die Beschlussvorlage jetzt zurückzuziehen, um sie zu überarbeiten und neu vorzulegen.

Herr Wrase möchte wissen, warum die Ausführungen der Verwaltung erst jetzt vorliegen, die Beschlussvorlage liegt bereits seit September 2018 in der Stadtverwaltung vor.

Frau Nancy Kersten sagt dazu, dass die Verwaltung Gespräche angeboten hatte, es aber lange Zeit keine Reaktionen erfolgten und es zu keiner Diskussion kam.

Herr Wrase wird die Beschlussvorlage zur Abstimmung stellen. Über die weitere Verfahrensweise werden sich die Einreicherfraktionen verständigen.

Abstimmungsergebnis: abgelehnt

TOP 10.2:

Vorlage: BV/0791/2018 **Einreicher/**
zuständige Dienststelle: Bürgermeister

Finanzierungsvereinbarung zum durchgehenden Bahnbetrieb Eberswalde - Joachimsthal-Templin zwischen dem Land Brandenburg, dem Landkreis Barnim, dem Landkreis Uckermark, der Stadt Eberswalde, der Stadt Templin, dem Amt Joachimsthal und dem Amt Gerswalde

Abstimmungsergebnis: einstimmig befürwortet

Der Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung nachstehende Beschlussfassung vorzunehmen:

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Eberswalde beauftragt den Bürgermeister die als Anlage 1 beigefügte Finanzierungsvereinbarung, nebst Anlagen, zum durchgehenden Bahnbetrieb Templin - Joachimsthal - Eberswalde zwischen dem Land Brandenburg, den Landkreisen Barnim und Uckermark, den Städten Eberswalde und Templin sowie den Ämtern Joachimsthal und Gerswalde abzuschließen. Die finanziellen Mittel in Höhe von jährlich 20.000 Euro werden in den Haushaltsjahren 2019, 2020 und 2021 bereitgestellt.

TOP 10.3:

Vorlage: BV/0817/2018 **Einreicher/**
zuständige Dienststelle: Fraktion Bürgerfraktion Eberswalde

Kompostierbare Hundekotbeutel

Herr Müller informiert, dass für 2018 428.000 kompostierbare Hundekotbeutel zu einem Preis von ca. 3.600 € angeschafft wurden. Die gleiche Menge kompostierbarer Hundekotbeutel würde nach Umfrage bei drei Lieferanten etwa 17.000 € kosten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig befürwortet

Der Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung nachstehende Beschlussfassung vorzunehmen:

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt die Stadtverwaltung zu prüfen, inwieweit eine Einführung von nachhaltigen kompostierbaren Hundekotbeuteln in der Stadt Eberswalde machbar ist und welche Mehrkosten bei einer Einführung eines entsprechenden Systems entstehen.

TOP 10.4:

Vorlage: BV/0818/2018

Einreicher/

zuständige Dienststelle: Fraktion Bürgerfraktion Eberswalde

Richtungspfeile auf Fahrradschutzstreifen

Herr Jur teilt mit, dass vor Sitzungsbeginn Austauschseiten zur Beschlussvorlage BV/0818/2018 an alle Ausschussmitglieder verteilt wurden, **Anlage 9**.

Herr Morgenroth begründet die Beschlussvorlage und erklärt, dass mit dieser Beschlussvorlage gemeinsam mit der Stadtverwaltung Aufklärungsarbeit geleistet werden soll.

Herr Dr. Spangenberg betont, dass die Beschlussvorlage ein guter Beitrag zur Erhöhung der Verkehrssicherheit ist.

Herr Trieloff ist der Meinung, dass es besser wäre, sich mehr darauf zu konzentrieren, Verfehlungen zu ahnden. Er wird dagegen stimmen.

Herr Müller sagt zum Thema, dass nur die Polizei in den fließenden Verkehr eingreifen kann. Er schlägt vor, eine Aufklärungskampagne ins Leben zu rufen.

Herr Morgenroth würde zusätzlich eine Aufklärungskampagne sehr begrüßen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich befürwortet

Der Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung nachstehende Beschlussfassung vorzunehmen:

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt die Stadtverwaltung, gemeinsam mit dem Landesbetrieb für Straßenwesen, Richtungspfeile auf den Fahrradschutzstreifen im gesamten Stadtgebiet aufzubringen.

TOP 10.5:

Vorlage: BV/0821/2018

Einreicher/

zuständige Dienststelle: 01.1 - Bürgermeisterbereich

Entschädigungssatzung der Stadt Eberswalde

Der Ausschussvorsitzende teilt mit, dass vor der Sitzung ein Änderungsantrag zur Beschlussvorlage der Fraktion Bürgerfraktion Eberswalde verteilt wurde, **Anlage 10**.

Herr Morgenroth erläutert den eingereichten Änderungsantrag.

Frau Kersten erklärt, dass temporäre Arbeitskreise oder Kommissionen, wie im Beschlussvorschlag des Änderungsantrages genannt, nicht zu den Gremien gehören, die durch die Kommunalverfassung bzw. durch die Hauptsatzung legitimiert sind und deshalb Mitglieder der nichtformellen Runden keine Entschädigung erhalten können.

Herr Morgenroth zieht für die einreichende Fraktion Bürgerfraktion Eberswalde den Änderungsantrag zurück.

Frau Irene Kersten äußert sich zur Beschlussvorlage und stellt fest, dass eine Synopse zur Beurteilung der Änderungen in der Entschädigungssatzung sehr hilfreich gewesen wäre.

Herr Dr. Spangenberg bittet um Erklärung der zum Teil sehr hohen bzw. sehr geringen Änderungen in den Entschädigungssätzen.

Frau Nancy Kersten erklärt, dass die Verwaltung sich bei der Erstellung der Entschädigungssatzung auf die Kommunalaufwandsentschädigungsverordnung (KomAEV) bezogen hat. Diese Verordnung ist zwar zurückgezogen worden, gilt aber inhaltlich. Die dort genannten Richtwerte sind die Grundlage für die aufgeführten Aufwandsentschädigungen. Sie sagt weiter, dass die Aufwandsentschädigungen sehr lange nicht angepasst wurden.

Frau Irene Kersten fragt, ob es nicht besser wäre, der neuen Stadtverordnetenversammlung die Entscheidung zu überlassen, da zurzeit doch noch viele Fragen ungeklärt sind.

Die Amtsleiterin im Bürgermeisterbereich, Frau Kersten teilt mit, dass hier der Vorschlag der Verwaltung vorliegt. Wenn die Ausschussmitglieder andere Entschädigungssätze wünschen, ist es ihnen überlassen, Änderungsanträge zu stellen. Sie erinnert auch daran, dass die Stadtverordneten in ihrer Sitzung am 31.05.2018 „Sitzungsgeld für Vertreter der städtischen Beiräte“ beschlossen haben. Diesen Beschluss gilt es in der neuen Entschädigungssatzung umzusetzen.

Herr Trieloff bittet darum, dass die Umsetzung des Beschlusses „Sitzungsgeld für Vertreter der städtischen Beiräte“ auf jeden Fall erfolgt. Er möchte, dass die Verwaltung für den Hauptausschuss und die Stadtverordnetenversammlung eine Entschädigungssatzung vorbereitet, die die Entschädigung der Beiräte enthält.

Herr Trieloff ist nicht der Meinung, dass es eine gute Lösung wäre, die neue Stadtverordnetenversammlung über die Entschädigungssatzung befinden zu lassen.

Herr Jur bittet die Verwaltung, eine Auflistung brandenburgischer Städte zu erstellen, die ebenfalls um die 40.000 Einwohner haben, um einen Vergleich vornehmen zu können.

Der Einreicher zieht die Beschlussvorlage im Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen zurück. Frau Nancy Kersten bittet um Zuarbeit der Stadtverordneten, um im Hauptausschuss erneut diskutieren zu können und sagt zu, bis dahin die Auflistung zuzuarbeiten.

Die Ausschussmitglieder nehmen den Vorschlag an. Die Verwaltung zieht die Vorlage bis zum Hauptausschuss am 13.12.2018 zurück.

TOP 10.6:

Vorlage: BV/0819/2018 **Einreicher/**

zuständige Dienststelle: 11 - Personalamt

Gewährung einer Dienstaufwandsentschädigung für den hauptamtlichen Bürgermeister der Stadt Eberswalde

Im Ergebnis der Diskussion zur Beschlussvorlage BV/0819/2018 stimmen die Ausschussmitglieder wie folgt ab:

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Der Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung nachstehende Beschlussfassung vorzunehmen:

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, die Dienstaufwandsentschädigung für den Bürgermeister der Stadt Eberswalde auf monatlich 295,00 EUR gemäß der Verordnung über die Besoldung und Dienstaufwandsentschädigung der hauptamtlichen Wahlbeamtinnen und Wahlbeamten auf Zeit der Gemeinden und Gemeindeverbände im Land Brandenburg (Brandenburgische Kommunalbesoldungsverordnung - BbgKomBesV) vom 2. Februar 2018 (GVBl.II/18, [Nr. 10]) festzusetzen.

TOP 10.7:

Vorlage: BV/0814/2018 **Einreicher/**

zuständige Dienststelle: 41 - Kulturamt

Freigabe zusätzlicher Mittel für FinE 2019

Herr Prof. Dr. König stellt anhand einer Powerpoint-Präsentation dar, wie sich der beantragte Mehrbedarf zusammensetzt, **Anlage 11**.

Frau Kersten erläutert, warum die Fraktion DIE LINKE im Ausschuss für Soziales, Bildung, Kultur und Sport gegen die Vorlage gestimmt hat. Unter Anderem gab es bis heute keine Informationen über die gesamte Veranstaltung, es wurde immer nur über Teilabschnitte berichtet. Ihre Fraktion und auch einige andere Fraktionen sind der Meinung, dass die geplanten 80.000 € für das FinE reichen müssen.

Herr Otto kann sich vorstellen, dass die Jugendlichen vorrangig über die sozialen Netzwerke erreicht werden können und weniger über Werbung in der Bahn in Richtung Berlin, diese Kosten könnten dann entfallen.

Herr Prof. Dr. König versichert, dass die Jugendlichen bereits über die sozialen Netzwerke angesprochen werden, das kostet allerdings kein Geld und wurde aus dem Grund nicht von ihm im Vortrag benannt. Er ergänzt, dass man mit der Werbung in der Bahn auch Leute aus dem Eberswalder Umfeld erreichen möchte.

Herr Trieloff regt noch einmal an, das FinE nur alle zwei Jahre stattfinden zu lassen, sobald es die zurzeit gültigen Verträge zulassen. Seine Fraktion FDP-Fraktion wird heute der Beschlussvorlage zustimmen.

Herr Morgenroth ist der Meinung, dass das Fest so nicht fortgeführt werden kann und von Grund auf neu gestaltet werden muss. Die Bürgerfraktion Eberswalde wird der Beschlussvorlage nicht zustimmen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Der Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung nachstehende Beschlussfassung nicht vorzunehmen:

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Freigabe der zusätzlichen Mittel in Höhe von 20.000 € für das Stadtfest FinE 2019, die im Haushalt eingestellt sind. Das Budget für das Stadtfest beträgt damit 100.000€.

Herr Jur beendet den öffentlichen Teil der Sitzung um 20:03 Uhr.

J u r
Vorsitzender des Ausschusses
für Wirtschaft und Finanzen

Heilmann
Schriftführerin

